

23

PROMINENTE ISRAELIS haben sich per Brief bei Außenminister Gabriel bedankt, weil er sich mit NGO-Vertretern in ihrem Land getroffen hatte. Er habe als echter Freund Israels gehandelt, schreiben die Soziologin Eva Illouz und der Bildhauer Dani Karavan. Israels Ministerpräsident Netanjahu hatte ein Treffen mit Gabriel abgesagt.

BUNDESWEHR Immer wieder gibt es Soldaten, die sich wie Franco A. als Rechtsextreme zu erkennen geben. Aber greift die Armee in solchen Fällen hart genug durch?

Hingeschaut und abgeheftet

VON TOBIAS SCHULZ

BERLIN taz | Am Abend des 10. Februar 2016 versucht sich ein Soldat der Bundeswehr an einem Witz. Um 22.14 Uhr schnappt sich der freiwillige Wehrdienstleistende sein Handy und schickt ein Bild in die WhatsApp-Gruppe seiner Einheit. Oben ist ein schwarzer Junge zu sehen, darunter stehen zwei Sätze: „Das ist Matubo, sein Schulweg beträgt täglich 3 Stunden. Spende jetzt 5 € und wir kaufen eine Peitsche und garantieren, dass der faule Nigger es in 8 Minuten schafft.“

Der Spruch kostet den Soldaten etwas: Als seine Vorgesetzten von dem Bild erfahren, muss er als Disziplinarstrafe 500 Euro zahlen. Zugang zu Waffen erhält er aber weiterhin, im Dienst bleibt er noch ein Dreivierteljahr.

Angemessen? Oder fahlässig? Noch so ein Einzelfall? Oder Alttag in der Armee?

Ein „Haltungsproblem“ hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen der Bundeswehr in dieser Woche vorgeworfen. Die Soldaten jaulen auf, „ungeheuerlich“ nannte die Bundeswehrverband den Vorwurf. Der Fall des Oberleutnants Franco A., der sich mit seiner Masterarbeit schon vor drei Jahren als rechtsextrem Verschwörungstheoretiker outete und dennoch ungehindert weiterdierte, bis er vergangene Woche per Zuhause unter Terrorverdacht geriet, hat eine heftige Debatte ausgelöst. Sie dreht sich um die Frage, ob die Armee hart genug gegen Neonazis durchgreift.

Zwei Monate vor der Verhaftung des Oberleutnants stellte die Linken des Oberleutnants im Bundestag eine Anfrage an das Verteidigungsministerium. „Wir haben in den Vorjahren mehrfach darauf hingewiesen, dass die Bundeswehr mitunter zu duldsam mit Rechtsextremisten umgeht“, schrieben die Ab-



Hübsch dekoriert: der Aufenthaltsraum in Illkirch, wo Franco A. stationiert war Foto: Patrick Seeger/dpa

geordneten in ihrer Einleitung. Dann erkundigen sie sich nach Details zu den 63 Extremismusfällen, die im Vorjahr in der Armee gemeldet wurden.

Die Antwort zeigt, dass die Bundeswehr keiner klaren Linie folgt. Oft reagieren Vorgesetzte konsequent: Ein Soldat verschickt im Internet Hakenkreuze und wird entlassen. Ein anderer brüllt während einer Feier „Deutschland den Deutschen!“ und fliegt ebenfalls. Ein Rekrut zeigt in der Kaserne den Hitlergruß, auch er muss gehen.

In anderen Fällen sind die Vorgesetzten gnädiger. Ein anderer Soldat, der während eines Truppenausflugs den Hitlergruß zeigt, zahlt nur eine Strafe. Einer bekennt sich zur „Reichsbürger“-Bewegung und bekommt ein Disziplinarverfahren, das ein Jahr später noch immer ohne Ergebnis ist. Er hat weiter Zugang zu Waffen.

Mal führt ein „Sieg Heil“ zum Rauswurf, mal nicht. Vielleicht hat das mit der Disziplinarord-

In einem Fall führt ein „Sieg Heil“ zum Rauswurf, in einem anderen nicht

nung der Truppe zutun: Sie überlässt Entscheidungen in vielen Fällen den Vorgesetzten auf unterer oder mittlerer Ebene. Niemand redet rein, niemand kontrolliert. Findet der Chef ein Vergehen nicht schlimm, bleibt es bei einer Geldstrafe oder gar bei einer mündlichen Ermahnung.

So wie im Fall von Franco A. Der Soldat studiert bis 2014 an der Militärschule Saint-Cyr, einer Kadernschmiede der französischen Armee. Die Bundeswehr schickt in einem Austauschprogramm jedes Jahr ein paar ihrer vielversprechendsten Offiziersanwärter an die Eliteschule. Der Soldat A. ist einer von ihnen.

Dabei eignet sich der Mann

für eine Offizierskarriere ganz und gar nicht. Mehr noch: Nie im Leben dürfte er einen Schlüssel für Waffenschränke und Munitionsdepots bekommen. Der Bundeswehr müsste das spätestens auffallen, als Franco A. in seiner Masterarbeit sein Weltbild offenbart. Nur genetisch homogene Gesellschaften sind demnach stark. Die Zuwanderung nach Europa ist dagegen ein „Genozid der Völker“.

Diesen plane eine Gruppe von Verschwörern, ein Anführer sei

wohl George Soros, der jüdische Investor, der mit seinem Vermögen weltweit Demokratiebewegungen unterstützt.

Außerdem sind demnach stark. Die Zuwanderung nach Europa ist dagegen ein „Genozid der Völker“.

Diesen plane eine Gruppe von Verschwörern, ein Anführer sei

wohl George Soros, der jüdische Investor, der mit seinem Vermögen weltweit Demokratiebewegungen unterstützt.

Außerdem: Freimaurer, Rotarier und die Eigentümer der Internetseite YouPorn. Mit Hilfe der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Popmusik und der Medien griffen sie „die Völker in ihrer Substanz an“. Dagegen sei Widerstand nötig: „Ohne schnelle Gegenmaßnahmen ist die Vernichtung des Volkes nur eine Frage der Zeit“, schlussfolgert Franco A.

Es ist nicht so, dass nun niemanden auffällt, dass Franco A. gefährlich sein könnte. Die Hochschule meldet den Fall nach Deutschland, die Sache landet beim Chef des Streitkräfteamts in Bonn. Als zuständiger Vorgesetzter leitet er Vorermittlungen für ein Disziplinarverfahren ein. Ein Gutachter bewertet die Arbeit als „radikalnationalistischen Appell“, ein Wehrdisziplinaranwalt lädt Franco A. zum Gespräch.

Doch dann passiert der Fehler. Nach dem Gespräch empfiehlt der Jurist, die Vorermittlungen einzustellen. Der Amtschef folgt dem Rat. Es gibt kein Verfahren, keinen Rauswurf, nicht mal eine Geldbuße. Niemand prüft die Entscheidung, niemand Weiteres erfährt davon, auch nicht im Ministerium. Bis Franco A. am Wiener Flughafen festgenommen wird, weil er dort eine Pistole depo-

niiert hatte. Die Ermittler glauben, er plante einen Anschlag. Bei einem mutmaßlichen Komplizen fanden sie Munition aus Bundeswehrbeständen.

„Wir werden einen genauen Blick auf die Disziplinarordnung werfen müssen“, sagte Ursula von der Leyen, als sie am Mittwoch den letzten Standort des Soldaten im Elsass inspizierte. Wo gibt es Lücken? Wo werden Fälle nicht nach oben gemeldet? „Sie hätten schon lange anordnen können, dass bei Rechtsextremisten Vorfällen das Sechssagenprinzip gilt“, sagt der SPD-Abgeordnete Rainer Arnold. Er schlägt eine Stelle im Ministerium vor, die in solchen Fällen automatisch eingebunden wird. „Nicht bei jedem Pipifax, aber ab einer bestimmten Dimension.“

Das Problem, dass ein Neonazi in der Truppe für manche Vorgesetzte kein Problem ist, wäre damit noch nicht gelöst. Die Gefahr, dass ein Neonazi deshalb in der Truppe bleibt, wäre aber zumindest gebannt.

DIE DREI FRAGEZEICHEN

„Der Staat gehört angeklagt“

1 Herr Daimagüler, vor genau vier Jahren wurde der NSU-Prozess in München eröffnet. Sie sind seitdem dabei. Wie hält man das durch?

Mehmet Daimagüler: Nicht ohne Weiteres. Ich habe nicht vorhergesehen, was auf mich zukommt. Nicht nur die verhandelten Taten, auch die Auftritte von Freunden und Nachbarn von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt haben mich sehr belastet. Es gab Momente, in denen ich mich fragen musste, ob ich noch die nötige Distanz habe.

2 Ist die Dauer von bisher 361 Prozesstagen gerechtfertigt?

Ja. Ein kurzer Prozess ist ein schlechter Prozess. Es gibt fünf Angeklagte, mit vielen Tatvorwürfen. Auch sie haben das Recht, dass man kein Urteil durchpeitscht. Und gerade in so einem Verfahren, wo sehr viele Fragen offen sind, brauchen wir Zeit.

3 Welches Urteil, glauben Sie, wird es geben?

Ich denke, das Urteil wird noch im Sommer fallen. So wie ich die Beweise würdige, wird es keine Freisprüche geben. Beate Zschäpe wird das volle Paket erwarten: lebenslange Haft plus besondere Schwere der Schuld. Wesentliche Fragen aber bleiben unbeantwortet: Wie groß war der NSU wirklich? Welche Rolle spielt der Verfassungsschutz? Auch der Staat gehört noch auf die Anklagebank. Das könnte ein Fall für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte werden.

INTERVIEW KONRAD LITSCHKO

Mehmet Daimagüler, 48 Jahre, vertritt als Anwalt im NSU-Prozess die Familien der Nürnberger NSU-Opfer Abdurrahim Özüdoğru und İsmail Yaşa.
Foto: image

EDITION • LE MONDE diplomatique
Israel und Palästina.
Umkämpft, besetzt, verklärt

Auch als E-Book erhältlich

8,50 €*

versandkostenfrei im Inland, wenn Sie direkt bei Le Monde diplomatique bestellen.
taz Verlags- und Vertriebs GmbH • Rudi-Dutschke-Straße 23 • 10969 Berlin

Zwei Nationen beschäftigen die Welt

Geschichten aus dem Nahen Osten, 50 Jahre nach dem Sechstagekrieg: von palästinensischen Bauern, die sich gegen die Landnahme durch Israel wehren; vom pulsierenden Leben in der Mittelmeermetropole Tel Aviv, die vom Krieg nichts wissen will; vom komplizierten Alltag in einem geteilten Dorf im Westjordanland und von einem allergischen Hund, der ein jüdisches Pärchen in den Wahnsinn treibt.



8,50 €*

versandkostenfrei im Inland, wenn Sie direkt bei Le Monde diplomatique bestellen.
taz Verlags- und Vertriebs GmbH • Rudi-Dutschke-Straße 23 • 10969 Berlin

Auch im Abo!



shop@taz.de • T 030 25 90 2138

monde-diplomatique.de